

## Buchbesprechungen

*Susanne Pernicka/Anja Lasofsky-Blahut/Manfred Kofranek/Astrid Reichel*

WISSENSARBEITER ORGANISIEREN. Perspektiven kollektiver Interessenvertretung, Berlin 2010, Edition Sigma, 322 S., 24,90 EUR.

Die umfassende Studien eines interdisziplinären Teams zu den Arbeitsbedingungen und Organisationsversuchen von WissensarbeiterInnen gibt in dieser Form erstmals in Österreich einen Überblick über eine heterogene Berufsgruppe, die an Universitäten ebenso tätig ist wie an außeruniversitären Forschungs- und Lehrinstitutionen. Dabei stellt sich allerdings bereits der zentrale Begriff der Studie als „problematisches Hilfskonstrukt“ dar, „weil Arbeit (und Leben) grundsätzlich ohne Bezug auf Wissen kaum denkbar und daher nur analytisch von anderen Arbeitstypen (vor allem Routinearbeit) abgrenzbar ist“ (S. 31). Trotzdem bedarf dieses Hilfskonstrukt einer Arbeitsdefinition, nach der sich Wissensarbeit „primär auf theoretisches (spezialisiertes und abstraktes) Wissen“ stützt, das „unter der Bedingung relativer Autonomie“ darauf abziele, „neue Produkte und Prozesse zu generieren“ (S. 31).

Die Studie bettet empirische Forschungsergebnisse über universitäre und außeruniversitäre Forschung, Unternehmensberatung und die Elektroindustrie in einen umfassenden theoretischen Rahmen ein, der sich Fragen (post-)industrieller Konflikte in der Wissensgesellschaft widmet und damit den konkreten Blick auf die Akteure (post-)industrieller Beziehungen in Österreich eröffnet. Der Fokus der AutorInnen richtet sich dabei auf Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände, wobei durchaus auch die Krisen dieser Institutionen zur Sprache kommen. Wie weit die bislang von den Gewerkschaften zur Lösung ihrer organisatorischen Krisen angestrebten ergänzenden Organisationsformen, wie die Interessengemeinschaften (IGs) diese wirklich überwinden können, bleibt jedoch fraglich. Zum Erhebungszeitpunkt der Studie 2008 existierten in der GPA sieben IGs, von denen v.a. *work@professional*, *work@it* und *work@flex* für WissensarbeiterInnen interessant waren, wobei in der Studie lediglich die IG *work@professional* näher dargestellt wird. Dabei wird jedoch deutlich, dass das Aktivitätsniveau der IG hinter den Erwartungen zurück blieb. „So beteiligten sich etwa an den vergangenen Wahlen der Interessengemeinschaft nur etwa 20% der Mitglieder, im Vergleich zu 50% zum Gründungszeitpunkt der IG“ (S. 76). Als erfolgreiche Anpassung gewerkschaftlicher Strukturen an veränderte Beschäftigungsverhältnisse kann dies wohl kaum gesehen werden.

In Bezug auf die Universitäten legt die Arbeit die Folgen der strukturellen Veränderungen durch das Universitäts-

gesetz 2002 für die Arbeitsbedingungen dar. Dass dieses Gesetz Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung, unbefristete und befristete Arbeitsverhältnisse zulässt, führte de facto zu einem Überhandnehmen befristeter Verträge. Der klassische Karriereweg von einer zeitlich befristeten Assistentenstelle über eine a.o. Professur zum/zur ordentlichen Universitätsprofessorin ist seither weitgehend verbaut. Für die Frage der Organisierbarkeit von WissenschaftlerInnen ist jedoch neben den mangelnden Perspektiven für NachwuchswissenschaftlerInnen v.a. die Pluralisierung der Beschäftigungsverhältnisse von Bedeutung, die klassische Interessenvertretung erschwert. Die AutorInnen der Studie weisen darauf hin, dass „eine zusätzliche Heterogenisierung der Belegschaftsinteressen“ durch das UG 2002 fortgeschrieben wird, „indem an der ständischen Spaltung des akademischen Personals in einen professoralen und einen nicht-professoralen Stand („Kurie“) festgehalten wird“ (S. 92).

Zwar versuchen freiwillige Interessenverbände auf vereinsrechtlicher Basis dem etwas entgegensetzen, der Erfolg dieser Arbeit bleibt auch nach der Beschreibung der Arbeit von Organisationen wie dem UniversitätslehrerInnenverband (ULV), der Plattform universitäre Mitbestimmung (PLUM) oder der IG externe LektorInnen und freie WissenschaftlerInnen fraglich. Geradezu katastrophal niedrig erweist sich hingegen der in der Studie geschilderte Organisationsgrad der Gewerkschaft an den Universitäten: „Unserer eigenen Erhebung zufolge sind an den Universitäten rund 13,4% des wissenschaftlichen Personals Mitglieder der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, und weitere 5,4% waren Mitglieder sind aber ausgetreten.“ (S. 99)

Diese augenscheinlichen Probleme in der Organisierbarkeit von WissenschaftlerInnen an den Universitäten setzen sich in der ebenfalls beschriebenen außeruniversitären Forschung und teilweise auch in den anderen behandelten Bereichen fort. Eine quantitative Erhebung liefert hier umfangreiches Datenmaterial, das auch Vergleiche ermöglicht.

Wer sich daraus ein Rezept für die Organisation von WissensarbeiterInnen erhofft, wird enttäuscht werden. Allerdings ist diese Studie für viele – insbesondere jüngere – PolitikwissenschaftlerInnen, die im wissenschaftlichen Bereich arbeiten, von doppeltem Interesse, als Forschungsthema ebenso, wie als Betroffene der geschilderten Prekarisierungstendenzen. Die Schlüsse für die Praxis der Organisation müssen jedoch selbst gezogen werden.

*Thomas Schmidinger (Wien)*  
*thomas.schmidinger@univie.ac.at*

Erich Fröschl/Ulrike Kozeluh/Christian Schaller (Hg.)  
 DEMOCRATISATION AND DE-DEMOCRATISATION IN  
 EUROPE? Austria, Britain, Italy, and the Czech Republic  
 – A Comparison, Innsbruck 2008, Studienverlag  
 (Transaction Publishers), 180 S., 19,90 EUR.

Im besprochenen Buch wird die Perspektive eingebracht, dass sich Europas Demokratien möglicherweise durch Prozesse einer weitergehenden Demokratisierung (für gewisse Bereiche) bei gleichzeitiger Entdemokratisierung (in anderen Bereichen) charakterisieren, was für politisches Handeln und politikwissenschaftliche Analyse wiederum Paradoxa und Herausforderungen implizieren würde. Vorliegendes Buch bezieht sich in seinen Ausgangsüberlegungen auf politischen Wandel infolge „neoliberalen“ ökonomischer und sozialer Politik. Im Hinblick auf Demokratisierung (*democratisation*) und/oder Entdemokratisierung (*de-democratisation*) sollen Auswirkungen auf Demokratie genauer betrachtet werden, dabei Demokratie sowohl auf nationaler Ebene als auch im Kontext der Europäisierung gesehen werden. Der spezielle Fokus gilt folgenden vier Ländern (gleichsam präsentiert als Fallstudien): Österreich, Großbritannien (United Kingdom), Italien und die Tschechische Republik.

Folgende zentrale Fragestellungen strukturieren das Buch und rahmen die Länderanalysen: 1. Was sind allgemeine ökonomische und soziale Bedingungen sowie Voraussetzungen für Demokratie, und wie verhalten sich diese zu Demokratiequalität, Demokratisierung und Entdemokratisierung? 2. Wie partizipiert Bevölkerung an Politik, welches politische Beteiligungsverhalten lässt sich beobachten? 3. Welche Auswirkungen hat das Beziehungsmuster von Politik und Medien wiederum auf das Interaktionsmuster von Demokratiequalität, Demokratisierung und Entdemokratisierung? 4. Was sind die Konsequenzen der Europäisierung (hier definiert als Kompetenzverschiebung hin zur europäischen Ebene) für Demokratiequalität, Demokratisierung und Entdemokratisierung im nationalen Kontext? 5. Welche Reformen von bzw. für Demokratisierung und welche Gegenstrategien gegen Entdemokratisierung sind möglich und wünschenswert?

In seinem Beitrag für das Buch versucht Thomas Meyer thesenartig (konkret spricht er von acht Hypothesen) einen Überblick über Demokratisierung und Entdemokratisierung zu liefern, und ist geneigt, von einer „mixed balance“ eines größeren Transformationsprozesses zu sprechen. Der Begriff der Transformation soll die Vorstellung einer einfachen linearen Demokratieentwicklung ablösen, es werden komplexere Muster zur Diskussion gestellt: „Most of the time it all comes down to transformation processes that result in a mixed balance sheet with profits and losses, but primarily changes and innovations that defy linear comparison with previous conditions.“ (S. 13) Was sich demnach abzeichnet wären Demokratiedefizite unterschiedlicher Reichweite bzw. unterschiedlicher Tiefe. Simple Patentlösungen gibt es nicht, Verbesserungen von

Demokratiequalität verlangen zunehmend spezifische Ansätze. Auf der „Positiv“-Seite von Europas Demokratien führt Meyer an, dass Institutionen zunehmend transparenter und Zivilgesellschaft aktiver werden – der Zivilgesellschaft kommt dabei die wichtige Rolle einer Neubelebung von Öffentlichkeit zu: „Civil society does play such an important role, because it promises to revitalise the European public.“ (S. 19) Auf der „Negativ“-Seite führt Meyer an, dass Europas Demokratien vielfach bei den Integrationsleistungen versagen.

Im Einleitungskapitel zum vorliegenden Buch entwerfen die drei HerausgeberInnen Erich Fröschl, Ulrike Kozeluh und Christian Schaller ebenfalls einen thematischen Überblick, der teilweise kritischer als die acht Hypothesen von Thomas Mayer ausfällt, so eine mögliche Interpretation von außen. Die BuchherausgeberInnen formulieren die Frage, ob das derzeitige Niveau an Demokratiequalität in den liberalen Demokratien möglicherweise schon ein Maximum darstellt und sich Rückentwicklungen (eben Entdemokratisierungen) von Demokratiequalität nicht ausschließen lassen. Möglichkeiten einer Entdemokratisierung („creeping de-democratisation“) bzw. einer demokratiepolitischen Gegenreformation („politico-democratic counter reformation“) stehen damit im Raum. Eine Kernthese lautet: Wenn neoliberale Politik (Politiken) zu einer zunehmenden Einkommensschere und wachsenden Einkommenskluft in der Bevölkerung führen, sind dann überhaupt noch die sozioökonomischen Bedingungen dafür gegeben, dass Menschen real an Politik (und damit Demokratie) partizipieren können? Es wird auf das Szenario einer möglichen Dreiteilung von Gesellschaft hingewiesen: Das untere Drittel verarmt und das mittlere Drittel ist damit beschäftigt, gegen den Abstieg in Armut anzukämpfen. Demokratietheoretisch formuliert: Die Erosion eines Mindestmaßes an Wohlfahrt, bei einer gleichzeitigen Ausweitung neoliberaler Politik und Policy-Prämissen, welche die marktwirtschaftliche Entfaltung und Dynamisierung betonen, bedroht auf der „Input“-Seite von Demokratie die Partizipation (Partizipationsmöglichkeiten). Ferner verweisen die BuchherausgeberInnen auf die Bedeutung der Medien, die als intermediäre Organisationen („intermediary agencies“) zwischen BürgerInnen und PolitikerInnen („policy-makers“) vermitteln und damit sowohl die politische Agenda als auch den Nachrichtenwert („news value“) von politischen Themen bestimmen (mitbestimmen). Das sogenannte Berlusconi-Italien ließe sich hierfür als ein quasi (idealtypischer) Modellfall porträtieren und in die Diskussion einbringen, mit folgenden Merkmalen: ein eingeschränkter Medienpluralismus einerseits sowie die problematische Überlappung einer gefährdeten Medienvielfalt mit Populismus und einer reduzierten Demokratiequalität andererseits – wobei sich solche Phänomene nicht unbedingt auf Italien beschränken lassen.

Im Folgenden sollen die Befunde der verschiedenen Länderanalysen kurz zusammengefasst werden:

1. Österreich/Anton Pelinka: In seinem Beitrag bringt Pelinka die These einer Normalisierung, das heißt „Europäisierung“, für Österreichs Politik ein, quasi als Ergebnis einer „self-elimination by success“ vieler österreichischer Eigenheiten. Die neue Generation charakterisiert sich durch veränderte politische Wahrnehmungen, die weniger auf Konsens, sondern mehr auf Konflikt ausgerichtet sind, sowie die Betonung von Mobilität. Österreich kann als eine „stabile“ repräsentative Demokratie gelten, obwohl sich Wahlbeteiligungen rückläufig entwickeln. Es gäbe keinen eindeutigen oder einheitlichen Trend hin zu mehr Demokratisierung oder Entdemokratisierung. Laut Pelinka besteht aber ein besonderes Problem von Österreichs Demokratie genau darin, konzeptionell nicht ausreichend über den „*demos*“ zu reflektieren, also: „Wer ist das Volk?“. Österreichs Verfassung sei darin leider zu unpräzise. Infolge von Migrationsdynamik wird in Österreich eine wachsende Minderheit von den politischen Rechten ausgeschlossen (Stichwort: MigrantInnen zweiter Generation). Die politische Rechte nützt diese Verfassungslücke dafür aus, verschiedene Bevölkerungsgruppen entlang ihrer Staatsbürgerschaft populistisch gegeneinander auszuspielen.

2. Großbritannien/André Kaiser: In seiner Analyse über Großbritannien beschäftigt sich Kaiser mit der Entwicklung von New Labour unter Tony Blair und Gordon Brown (1997–2010). New Labour strebte, auch in Kontrast zu den vorangegangenen Regierungsjahren der konservativen Tories, eine Demokratiereform an. Laut Kaiser sollte dies aber nicht auf einen radikalen Systembruch mit dem Westminster-Modell hinauslaufen, sondern vor allem auf moderate Anpassungen anspielen: Rechte und Pflichten von BürgerInnen zu stärken und genauer zu definieren, Entscheidungsprozesse näher an die Menschen heranzutragen sowie die „demokratische Legitimation“ („*democratic credentials*“) von Großbritannien zu verbessern. Politisch nachhaltig war vor allem die unter Blair eingeleitete institutionelle Dezentralisierung, die letztlich zur Einrichtung von Regionalparlamenten in Schottland und Wales führte (mit dortigem Verhältniswahlrecht, das auch für die britischen Europawahlen gilt). Einige dieser Reformen hätten vielleicht letztlich das Potenzial gehabt, Großbritannien in Richtung eines „*Continental European type of proportional representation and coalition governments*“ zu verschieben (S. 59). Die politischen Entwicklungen in Schottland und Wales implizierten, dass zumindest in diesen regionalen Kontexten deutlichere Abweichungen vom „Westminster-Modell“ möglich wurden und auch auftraten: „*In addition, political devolution in Scotland and Wales opened up the way to an institutional regime design that differs markedly from the Westminster model.*“ (S. 59) Gordon Brown war bestrebt, die „*constitutional reform*“ neu zu beleben, nachdem sich die Aufmerksamkeit des späteren Blairs immer mehr zum Irakkrieg hin verschob. Mögliche politische Auswirkungen des neuerlichen konservativen Wahlsiegs von 2010, die zum Novum

der Bildung einer nationalen Koalitionsregierung zwischen Tories und Liberaldemokraten führte, konnte Kaiser in seinem Beitrag naturgemäß noch nicht reflektieren.

3. Italien/ Gianfranco Pasquino: Pasquino betont, dass das Vorhandensein eines attraktiven politischen Parteienangebots wichtig ist für die Mobilisierung politischer Partizipation bei Wahlen. In Italien wird die meiste „politische Information“ aus dem Fernsehen bezogen, später jedoch vielfach nachdiskutiert und mit Freunden, KollegInnen, Familienmitgliedern und „*opinion leaders*“ auch interpretiert. Deshalb ist es hier nicht immer leicht oder einfach abzuschätzen, in welche Richtungen die Beeinflussungen laufen. Für Pasquino übten (und üben) EU und „Europäisierung“ einen positiven Einfluss auf Italiens Demokratie aus, was auch von anderen vielfach so gesehen wird. Pasquino formuliert die These, dass eine umfassende Reform der Institutionen, der Verfassung aber auch der politischen Parteien notwendig wäre, um einen nachhaltig positiven Effekt für Italiens Demokratie erzielen zu können. Reformversuche in diese Richtung konnten bisher aber nicht umgesetzt werden.

4. Tschechische Republik/Ladislav Cabada: Die demokratische Transformation der Tschechischen Republik war erfolgreich, Tschechien gilt als eine „*consolidated*“ und „*stable democracy*“, wie Ladislav Cabada ausführt. Noch immer sind aber die tschechische Gesellschaft und politische Kultur teilweise vom Kommunismus und anderen (früheren) politischen Traditionen geprägt, bei einer auch gleichzeitig bestehenden idealisierenden Sichtweise von der ersten tschechoslowakischen Republik in der Zwischenkriegszeit. Die gegenwärtigen politischen Institutionen der Tschechischen Republik agieren manchmal in einem alten Verständnis, weswegen der Servicegedanke an Gesellschaft und für die Öffentlichkeit häufiger zu kurz kommt. Paternalistische Muster lassen sich zumindest teilweise auf Traditionsformen des alten Bürokratismus in der österreichisch-ungarischen Monarchie zurückführen. Deshalb kommt Bildung und der „*re-education*“ eine so wichtige Bedeutung zu. Das Subsidiaritätsprinzip der EU bewirkte eine Demokratieverbesserung für Tschechien. Es wird insgesamt die These zur Diskussion gestellt, dass die EU die Demokratie in der Tschechischen Republik positiv beeinflusste. In den eigenen Worten von Cabada heißt es: „*Nevertheless, the EU-membership of the Czech Republic has brought more stability and equality into the socio-political environment of the country.*“ (S. 104)

Vorliegendes Buch überzeugt durch seinen konzeptionellen Mut, auch, dass sich hier eine Gruppe von PolitikwissenschaftlerInnen aus Österreich zusammengefunden hat, um ein Buch auf Englisch herauszubringen. Das Thema – an der Schnittstelle und Themenüberlagerung von Demokratiequalität, Demokratisierung und Entdemokratisierung – ist höchst relevant und lässt ferner konzeptionell wenn nicht schon Schlussfolgerung, so doch die Arbeitshypothese zu, dass in Europas Demokratien möglicherweise zwei sehr unterschiedliche Prozesse gleichzeitig

ablaufen: Einer Demokratisierung in gewissen Bereichen steht eine Endtdemokratisierung in anderen Bereichen gegenüber. Demokratie muss als dynamisch gesehen werden, letztlich darauf ausgelegt, ihre Demokratiequalität zu verbessern, da ein bestimmtes Maß an Demokratie nicht als natürlich gegeben missverstanden werden darf und Demokratiequalität auch wiederum abfallen könnte. Die Beziehung zwischen Demokratie und neoliberaler Politik (neoliberaler Wirtschaftspolitik) repräsentiert sicherlich ein komplexes Interaktionsfeld, vor allem dann, wenn es gilt zu gewährleisten, dass eine Gesellschaft (weiterhin) über die soziökonomische Basis verfügt, um politische Partizipation real zu ermöglichen. Die im Buch eingehender behandelte Länderauswahl ist interessant, und zeigt auf, dass es einen Mix unterschiedlicher Befunde und Teilbefunde gibt: Trotzdem – so eine von außen eingebrachte These – lassen die Länderkapitel keine überwiegend negative Einschätzung zu Demokratisierung und Demokratiequalität zu. Demokratien sind aber permanent darin gefordert, immer wieder neue Antworten zu finden, was wiederum häufig sehr spezifische Ansätze, Strategien und Reformen erforderlich macht. Was die europäische Ebene betrifft, so wird mehrheitlich davon ausgegangen, dass die Europäisierung einen positiven Effekt auf die Demokratien auf nationaler Ebene ausübte und ausübt (sowohl in „klassischen“ westeuropäischen Ländern wie Italien als auch in ostmitteleuropäischen Ländern, beispielsweise der Tschechischen Republik, wie hier behandelt). Diese Einschätzung der Europäisierung ist auch deshalb interessant, weil sich die EU ihrerseits in Diskursen häufig und regelmäßig mit dem Vorwurf eines „Demokratiedefizits“ konfrontiert sieht.

David F. J. Campbell (Wien)  
E-Mail: david.campbell@uni-klu.ac.at

Roman Pfefferle/Nadja Schmidt/Gerd Valchars (Hg.)  
EUROPA ALS PROZESS. 15 Jahre Europäische Union und Österreich. Festschrift für Peter Gerlich, Wien 2010, LIT Verlag, 245 S., Wien 2010, LIT Verlag, 245 S., 29,90 EUR.

Die Festschrift erschien anlässlich des 70. Geburtstags von Peter Gerlich, einem der Mitbegründer der Politikwissenschaft in Österreich, und widmet sich einer Bestandsaufnahme des Verhältnisses von Österreich und Europäischer Union seit 1995. Die Themenwahl rechtfertigt sich daraus, dass die europäische Integration und ihre Folgen auch das wissenschaftliche Wirken von Peter Gerlich in den letzten Jahren wesentlich bestimmt hat und die 15-jährige Mitgliedschaft Österreichs in der EU ein willkommener Anlass ist, Bilanz zu ziehen. Entstanden ist ein multidisziplinärer Sammelband, der sowohl die Vielfalt der Forschungsinteressen des Jubilars als auch sein pluralistisches und pragmatisches Wissenschaftsverständnis widerspiegelt.

Der Sammelband ist in drei inhaltliche Teile und einen biografischen Abschnitt gegliedert, der sich Leben und Werk von Peter Gerlich widmet. Der erste Teil, der etwas unspezifisch mit „15 Jahre Österreich und die EU“ betitelt ist, beschäftigt sich mit Veränderungen grundlegender Strukturen und Institutionen des österreichischen politischen Systems im Zuge der Eingliederung in die EU – behandelt also die Polity-Dimension. Dazu gehören das Rechtssystem (Gschiegl/Ucakar), das parlamentarische System (Neisser), das System der Interessenvermittlung mit Parteien, Verbänden (Pelinka) und Sozialpartnerschaft (Tálos) wie auch der österreichische Föderalismus (Steininger). Die fünf Beiträge sind im Wesentlichen Überblicksartikel, die die Forschung der letzten Jahre zusammenfassen, ergänzt um einige spezifische Aspekte wie z.B. Ausblicke auf mögliche Veränderungen durch den Lissabonner Vertrag (Gschiegl/Ucakar, Steininger); Vorschläge, wie nationale Parlamente ihren Spielraum zur Mitgestaltung besser nützen könnten (Neisser) oder ein Vergleich von Prognosen über die Entwicklung der Sozialpartnerschaft von Mitte der 1990er-Jahre mit der realen Entwicklung (Tálos).

Der Beitrag von Gschiegl/Ucakar gibt einen Überblick über die Beteiligungsmöglichkeiten der Parlamente aller Ebenen in Österreich an der Rechtssetzung in der EU und über die Umsetzung europäischen Rechts in Österreich. Dabei bestätigen die AutorInnen die bereits seit geraumer Zeit bekannte Erkenntnis, dass die österreichischen Parlamente zwar formal einen starken, aber faktisch kaum einen Einfluss auf die österreichische Willensbildung in EU-Angelegenheiten ausüben. Darüber hinaus entkräften sie den weitverbreiteten Mythos, dass rund 80 Prozent aller nationalen Gesetze europäische Wurzeln hätten – der wahre Wert liegt weit darunter. Interessant ist auch, dass angesichts der komplexen föderalistischen Kompetenzlage in Österreich die Umsetzung von EU-Recht nicht nur langwierig ist, sondern auch zu recht unterschiedlichen Ergebnissen führt.

Heinrich Neisser konstatiert in seinem Beitrag eine zunehmende „Parlamentarisierung“ des europäischen Entscheidungsprozesses im Sinne einer steten Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten des europäischen, aber auch der nationalen Parlamente am Beispiel des Urteils des deutschen Bundesverfassungsgerichts zum Lissabonner Vertrag sowie des Lissabonner Vertrages selbst. Angesichts des auch von Neisser festgestellten Auseinanderklaffens von Theorie und Praxis endet sein Artikel mit einem Plädoyer und Vorschlägen dafür, wie nationale, aber auch subnationale Parlamente ihren praktischen Einfluss auf den Integrationsprozess und die politische Willensbildung verstärken könnten und sollten.

Anton Pelinka untersucht in seinem Beitrag die Gründe für die nicht sehr weitreichende Integration der österreichischen Parteien und Verbände in die bestehenden transnationalen Partei- und Verbandszusammenschlüsse auf

europäischer Ebene. Er macht dafür strukturelle, funktionale und motivationale Faktoren verantwortlich. Etwas unterbelichtet bleiben dabei jedoch die Unterschiede zwischen der Integration der österreichischen Parteien in das rudimentäre europäische Parteiensystem und der recht effektiven parteipolitischen Zusammenarbeit innerhalb der Fraktionen des Europäischen Parlaments. Im Falle der Verbände sind es die strukturellen Unterschiede zwischen dem monopolistischen und zentralistischen österreichischen Verbändesystem und dem pluralistischen und partikularistischen europäischen Dachverbandswesen, die Pelinka als Gründe für die schwache „Europäisierung“ vor allem der österreichischen Kammern identifiziert.

Im Unterschied zu Pelinka geht Tálos der Frage nach, inwieweit die Mitgliedschaft Österreichs in der EU Auswirkungen auf den Stellenwert der Sozialpartnerschaft in Österreich gehabt hat und vergleicht dabei frühere Erwartungen mit der beobachtbaren Entwicklung. Unbestritten war und ist, dass sich mit der Mitgliedschaft und insbesondere mit Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion die Rahmenbedingungen verändert haben und der Handlungsspielraum für die österreichische Sozialpartnerschaft verringert worden ist. Interessanter ist jedoch die Feststellung, dass die Entwicklung sozialpartnerschaftlicher Kooperations- und Einflussmuster auf österreichischer und europäischer Ebene weder parallel noch komplementär verläuft, wobei die Bedeutung der Sozialpartnerschaft in Österreich wesentlich von parteipolitischen Machtkonstellationen mitbestimmt wird.

Barbara Steininger geht in ihrem Überblicksbeitrag über die „Europäisierung der österreichischen Bundesländer/Gemeinden“ von einem Kompetenzverlust der subregionalen Ebene aus, dem jedoch zunehmende Einflussmöglichkeiten auf die österreichischen Willensbildung und die politische Gestaltung im Rahmen der Implementierung der Strukturpolitik gegenüberstehen. Interessant ist die Feststellung, dass auf Landesebene der Anteil der EU-indizierten Landesgesetze bei durchschnittlich ungefähr 37 Prozent und damit höher als auf Bundesebene liegt.

Der zweite Teil der Festschrift beschäftigt sich mit der „Europäisierung von Repräsentation und Öffentlichkeit“ in Österreich und umfasst vier Beiträge. Der erste Beitrag von Ulram/Plasser analysiert das Meinungsklima in Österreich im Hinblick auf die Europäische Union anhand von Umfragedaten. Die Autoren konstatieren ein schwankendes Meinungsklima, das stark von pragmatischen Kosten-Nutzen-Kalkülen, aber auch von innerstaatlichen medialen Kampagnen und der (Un-)Zufriedenheit mit der nationalen Politik beeinflusst wird. Zwischen 2004 und 2008 verschlechterte sich die Einschätzung der EU zunehmend, während die Wirtschaftskrise die EU wieder in positiverem Licht erscheinen lässt. Eine Erklärung für die im internationalen Vergleich dennoch sehr negative Einstellung vieler ÖsterreicherInnen gegenüber der EU liefern die Autoren freilich nicht.

Der Artikel von Müller/Jenny/Ecker/Eder/Skrivanek über die Einstellungsunterschiede zwischen Bürgerschaft und Eliten im Hinblick auf die europäische Integration unterstreicht die exponierte Stellung Österreichs in Bezug auf den Europaskeptizismus. Die AutorInnen vergleichen anhand von repräsentativen Befragungen von BürgerInnen, Wirtschaftsführern und Abgeordneten das Meinungsklima im Hinblick auf die bevorzugte politische Regelungsebene und die Verbundenheit mit Gemeinde, Bundesland, Nation und EU. Insgesamt gesehen erscheinen die Unterschiede zwischen Eliten und BürgerInnen weniger groß als erwartet, sie sind aber dennoch beträchtlich, wobei – wenig überraschend – die Wirtschaftseliten tendenziell EU-freundlicher sind als alle anderen (mit Ausnahme GB). Österreich erscheint relativ betrachtet als das Land mit den größten Abweichungen zwischen den Einstellungen der BürgerInnen und der Eliten, insbesondere was die Frage der bevorzugten Regelungsebene betrifft. Überraschenderweise unterscheidet sich Österreich aber kaum vom europäischen Durchschnitt, was die affektive Identifizierung mit der EU betrifft, was teilweise auch an der Codierung liegt, wie die AutorInnen anmerken. Die präsentierten Daten werfen viele Fragen auf wie z.B. die, warum die EU in GB und Österreich unter den BürgerInnen ähnlich schlecht angeschrieben ist, wobei in GB große Übereinstimmung zwischen allen untersuchten Gruppen herrscht und in Österreich die geringste. Erklärungsansätze für diese Sachverhalte sucht man leider vergeblich, da die Forschung diesbezüglich erst in den Anfängen steckt, wie die AutorInnen betonen.

Eine ähnliche Fragestellung untersuchen Kritzingler/Lefkofridi/Casado-Asensio in ihrem Beitrag zur Übereinstimmung zwischen BürgerInnen und Parteien im Hinblick auf die europäische Integration, wobei Daten aus Österreich, Schweden und Finnland verglichen werden. Ausgangspunkt für die Untersuchung sind die Einstellungen zur Wünschbarkeit einer weiteren Vertiefung der EU. Insgesamt stellen die AutorInnen eine relative geringe Distanz zwischen BürgerInnen und Parteien fest, wobei die Entwicklungen in den untersuchten Ländern unterschiedliche Verläufe nahmen. Insbesondere für Österreich und Schweden gilt, dass sich diese Distanz seit 1999 vor allem im Falle von großen Regierungsparteien deutlich vergrößert hat. Die AutorInnen erklären diese Entwicklung mit der verspäteten Politisierung des Integrationsthemas in der Bevölkerung und der schon im vorigen Beitrag festgestellten Diskrepanz zwischen EU-freundlichen (Partei-)Eliten und EU-skeptischen BürgerInnen.

Im einzigen theoretischen Beitrag des Bandes geht Johannes Pollak dem Verhältnis von Demokratie und politischer Repräsentation in der EU nach. Pollak geht von der Feststellung aus, dass die Übertragung nationalstaatlicher Repräsentationsmodelle auf die EU gescheitert ist, weil sie dem heterogenen, ungeordneten und transnationalen politischen System der EU nicht angemessen sind. Stattdessen habe sich eine Vielzahl von Gruppen und

Akteuren konstituiert, die Repräsentationsansprüche stellen, die letztendlich miteinander kollidieren bzw. in Konflikt geraten. Auch wenn Pollak diesem Pluralismus an Repräsentaten und Repräsentationsansprüchen positives Potenzial zuspricht, überwiegen derzeit die negativen Konsequenzen wie Intransparenz, Unverantwortlichkeit und Folgenlosigkeit von Wahlen. Was fehlt, sei ein Forum, vor dem sich die konfligierenden Repräsentationsansprüche rechtfertigen müssten – womit er wohl eine europäische Öffentlichkeit meint –, als auch eine „DirigentIn“, die Ordnung in das Stimmengewirr bringen könnte. Hinweise, wer diese Aufgabe übernehmen und wie ein solches Forum entstehen könnte, gibt der Autor allerdings nicht.

Im dritten inhaltlichen und wohl heterogensten Teil des Sammelbandes finden sich Beiträge zu Integrations- und Zukunftsdebatten. Im ersten Beitrag von Fischer/Topal-Gökceli wird der Prozess der Europäisierung der Türkei nachgezeichnet, der in den Augen der AutorInnen schon lange vor Eröffnung des Beitrittsprozesses begonnen hat. Die Türkei stehe heute neuerlich vor einem Selbstfindungsprozess, der für die weitere Entwicklung des Verhältnisses von Türkei und EU von entscheidender Bedeutung sein dürfte.

Emil Brix thematisiert in seinem Beitrag „Die Zukunft Europas“ die Konsequenzen, die sich aus dem Ende des Kommunismus und den Erweiterungsrounds seit 1989 für das Integrationsprojekt ergeben. Als größte Herausforderung für die EU und ihre Mitgliedstaaten sieht der Autor die vergrößerte soziale, politische, wirtschaftliche und kulturelle Heterogenität der Gemeinschaft und plädiert für einen „Paradigmenwechsel im Selbstverständnis der Integration“. Neben der politischen und wirtschaftlichen Integration müsse sich die Integrationspolitik dem Problem stellen, wie kulturelle Vielfalt und der Abbau von Grenzen vereinbart werden können. Dies sei nur dann möglich, wenn „Dialoge über Grenzen“ zum Grundprinzip kollektiver Identitätsbildung in Europa gemacht würden, so der Autor.

Hubert Christian Ehalt reflektiert in seinem Beitrag zur „Sequenzierung des Wissens“ den Zustand der Öffentlichkeit in Europa, aber auch darüber hinaus. Er identifiziert eine zunehmende Ökonomisierung auch der kulturellen Produktion, wodurch einer kritischen Öffentlichkeit zunehmend der Boden entzogen würde. Ehalt sieht in der Weiterentwicklung des Internets zu einer Kommunikationsplattform, die demokratischen Standards genügt, und in der Förderung des intellektuellen Austausches zwischen den europäischen Nationalstaaten die Chance, eine europäische Öffentlichkeit herzustellen, die der herrschenden neoliberalen Ideologie entgegentreten könnte.

Der letzte Beitrag in diesem Band von Heinz Fischer thematisiert die „(Weiter-)Entwicklung der EU aus österreichischer Sicht“. Er zieht insgesamt eine positive Bilanz des österreichischen EU-Beitritts und weist auf die Erfolge Europas bei der Bewältigung des Erweiterungsprozesses und bei der Bewältigung aktueller Krisen hin. Fischer sieht

auch im Lissabonner Vertrag einen Fortschritt hin zu einem handlungsfähigeren Europa in einer sich globalisierenden Welt, in der auch Österreich seine Interessen am besten im europäischen Verbund zur Geltung bringen kann, ohne seine souveräne Staatlichkeit aufgeben zu müssen. Der Sammelband schließt mit einem chronologischen Lebenslauf, einer Sammlung von Fotos und dem Schriftenverzeichnis von Peter Gerlich.

Die Festschrift, die von (ehemaligen) MitarbeiterInnen herausgegeben wurde, korrespondiert in eindrücklicher Weise mit den Schwerpunkten des wissenschaftlichen Wirkens von Peter Gerlich: die Untersuchung des österreichischen politischen Systems in vergleichender Perspektive und praktischer Absicht, nämlich Politik nicht nur zu verstehen, sondern auch einen Beitrag zur gedeihlichen Weiterentwicklung des politischen Gemeinwesens zu leisten.

Trotz eines fehlenden gemeinsamen konzeptuellen Rahmens und mancher inhaltlicher Redundanzen bietet der Sammelband einen guten Überblick über wichtige Aspekte der österreichischen Europäisierungsforschung. Die Beiträge in diesem Band verdeutlichen aber auch, dass die Europäisierungsforschung in und über Österreich erst am Anfang steht und noch viel Vermittlungsarbeit zu leisten ist: zwischen einer österreichischen und einer gesamteuropäischen Perspektive, zwischen qualitativen und quantitativen Zugängen, zwischen empirischer Forschung und theoretischer Reflexion. Der Band bietet zahlreiche Gelegenheiten und Anregungen, diese Vermittlungsarbeit im Sinne Peter Gerlichs fortzusetzen.

*Josef Melchior (Wien)*

*E-Mail: josef.melchior@univie.ac.at*

*Barbara Serloth*

ENTPOLITISIERUNG DER POLITIK? Nationalstaatliche Demokratie zwischen Selbstentmachtung, Globalisierung und ungebrochener Lenkungsmacht, Innsbruck et al. 2009, Studienverlag, 164 S., 22,90 EUR.

Wer kennt sie nicht? Die oft geführte Rede vom Niedergang oder gar vom Ende des Nationalstaates zugunsten transnationaler Politikarenen und globaler Räume. Eine Vielzahl wissenschaftlicher und nicht zuletzt populärwissenschaftlicher Literatur hat sich mittlerweile diesem Thema verschrieben, was es auch zu einem beliebten Gesprächsstoff im Alltagsdiskurs werden ließ. Zweifellos ist staatliche Politik in klar definierten territorialen Räumen in den letzten Jahrzehnten tief greifenden Transformationsanforderungen ausgesetzt, die tendenziell zunehmen und nicht negiert werden können. Doch bringen diese zwangsläufig eine Entmachtung nationalstaatlicher Strukturen und Politikprozesse mit sich oder erleben wir viel-

mehr eine Neudefinition nationaler Politikarchitekturen innerhalb transnationaler Räume?

Diesem auch essenziell demokratiepolitisch relevanten Thema widmet sich Barbara Serloth in ihrem Buch „Entpolitisierung der Politik“, in dem sie Fragen verfolgt, die über das herkömmliche Lamento vom naturgegebenen Niedergang nationalstaatlicher Politik hinausgehen. Ist ein solcher tatsächlich feststellbar, so müsse gefragt werden, wodurch und von wem er initiiert und gestaltet wird und nicht zuletzt danach, wer oder was letztendlich davon profitiert. Schon hier wird deutlich, worum es der Autorin geht: nämlich darum, dass es, will man der Transformation von Staatlichkeit auf den Grund gehen, nicht genügt die stattfindenden Prozesse zu beobachten oder die politischen Systemanpassungen zu analysieren, sondern vielmehr darum, einen interessenbezogenen Fokus in die Betrachtungsweise einzubringen. Nur durch eine Analyse des Aspekts der interessengeleiteten Lenkungsprozesse innerhalb politischer Systeme ließe sich ein vollständigeres und realistischeres Bild der stattfindenden Transformationsprozesse liefern, das über die Mythen vom schwachen und unregierbaren Nationalstaat hinausgeht.

Diesem Unterfangen widmet sich die Autorin in sieben Kapiteln und spannt den Bogen von allgemeinen Staats-transformations- und Globalisierungsdiskussionen über Ansätze interessenbezogener Politik bis hin zur Frage der Möglichkeiten und Grenzen parlamentarischer Gestaltungsmacht. Unter Heranziehung einschlägiger Literatur geht es in Kapitel 1 und 2 zunächst um eine sachliche Darstellung der beobachtbaren Transformationsprozesse in politischen Räumen und der Herausbildung neuer Politikarenen (EU), die mit den herkömmlichen überlappen und interagieren, aber mit diesen auch in Konkurrenz stehen.

Der Machtverlust des Nationalstaates wird in den Mainstream-Abhandlungen in diesem Zusammenhang zumeist als extern verursachter, als ein von Außen unaufhaltsam einwirkender Prozess beschrieben, der Staaten zu Spielbällen von Konzerninteressen und Weltwirtschaftslagen degradiert. Diese grob vereinfachte Fokussierung auf externe Faktoren verkenne jedoch völlig die Einbringungsmöglichkeiten interner Akteure auf diesen Vorgang. Wie die Autorin plausibel beschreibt, wird die zunehmende Lenkungsschwäche nationalstaatlicher Politik auch von ihren EntscheidungsträgerInnen willentlich selbst herbeigeführt, indem diese individuelle Interessen verfolgen, die sie etwa Entscheidungen an ExpertInnen abtreten und somit zu einer „Entsouveränisierung“ von Politik beitragen lassen. Obwohl der „verhandelnde Staat“ für die österreichische politische Kultur kein Novum darstellt, attestiert Serloth eine zunehmende „Expertisierung“ von Politik durch bewusst eingesetzte präinstitutionelle PolitikakteurInnen, was eine Gefährdung nationaler Volkssouveränität mit sich bringt. Allerdings würde eine auf die Marginalisierung der nationalen Parlamente fokussierte Analyse ebenfalls zu kurz greifen, der die gerade stattfin-

dende Neupositionierung parlamentarischen Handelns im Sinne eines selbstbewussteren Agierens der ParlamentarierInnen gegenüber den Exekutiven außer Acht lässt. In diesem Zusammenhang wären insbesondere die neuen Mitwirkungsrechte der nationalen Parlamente auf das Agenda-Setting der Europäischen Kommission mit einzubeziehen, die die Autorin aufgrund des späteren Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon noch nicht berücksichtigt hat.

In den Folgekapiteln (3 und 4) geht es der Autorin schließlich darum, die Globalisierungsdiskussion und insbesondere ihre Instrumentalisierung durch nationale PolitikakteurInnen im Sinne einer Begründung für die Entmachtung nationalstaatlicher Politik aufzurollen. Anhand zahlreicher Beispiele wird verdeutlicht, dass von einem tatsächlichen Bedeutungsverlust nationalstaatlicher Politik nicht gesprochen werden kann, dass dieser Mythos aber von bestimmten AkteurInnen bewusst suggeriert und auch forciert wird. Es sind Eigeninteressen, geprägt von Karriere- und Absicherungsbedürfnissen, welche die einzelnen Akteursgruppen im politischen Prozess leiten, ihr Handeln auf unterschiedlichen Ebenen bestimmen und letztendlich auch zur Vermischung von privaten und öffentlichen Zielsetzungen beitragen, wie die Autorin in Kapitel 4 unter Heranziehung anschaulicher Beispiele aus der jüngeren politischen Geschichte Österreichs und Deutschlands unterstreicht. Dass sich derartige Vorkommnisse von Verquickung öffentlicher Macht und individuellen Privatinteressen auch nach dem Erscheinen des Buches beobachten lassen, zeigen die gerade aufgekommene Fälle rund um Haider, Grasser und Meischberger. In diesem Sinne bilde sich eine Gruppe von PolitikakteurInnen, die über Parteigrenzen hinweg das Interesse an Karriere-, Positions- und Privilegiensicherung verbindet: „Provokant formuliert würde es bedeuten, dass sich ein Teil der institutionellen PolitikakteurInnen selbst entmachteten, um die eigenen Positionen, Einflussphären und Möglichkeiten als PolitikakteurInnen, aber auch als private Personen abzusichern bzw. zu verbessern.“ (S. 45) Darauf Bezug nehmend fordert die Autorin in weiterer Folge die Einführung eines Ehrenkodex für politische ministerielle EntscheidungsträgerInnen ein (vgl. S. 69).

Die Kapitel 5 bis 7 widmen sich sodann erneut – und diesmal im Detail – der Rolle nationalstaatlicher Parlamente im Prozess der Transformation. Angesichts einer vermeintlich aufgetretenen bzw. schon seit jeher latent vorhandenen Marginalisierung parlamentarischer Gestaltungsmacht plädiert Serloth für eine neue Selbstbestimmung parlamentarischen Handelns, die sich in Zügen bereits abzeichne. Den Parlamenten wird im Rahmen dieses neuen Selbstdefinitionsprozess auch eine bestimmte Funktion zugeordnet: die Zurückdrängung von, der im Besonderen von den Exekutiven forcierten, parainstitutionellen PolitikakteurInnen, wie ExpertInnen und NGOs, positiv zu beeinflussen, und so zu einer Repolitisierung der Politik beizutragen, worauf die Autorin auch in ihrem

Resümee noch einmal zu sprechen kommt. Der Prozess der Entpolitisierung sei also durch einen entsprechenden Selbstbesinnungsprozess der nationalen (parlamentarischen) politischen AkteurInnen revidierbar, denn „(d)ie nationalstaatliche Demokratie und Politik als entmachtet anzusehen bzw. darzustellen, kann als einer innerhalb der umfassenden und allgegenwärtigen Mythen der Globalisierung und Entgrenzung angesehen werden“ (S. 149).

Insgesamt gesehen bietet das Buch eine gut recherchierte Analyse über Unzulänglichkeiten vorherrschender Globalisierungsdiskussionen und die damit einhergehende Mythenbildung rund um die Entmachtung des Nationalstaates. Es liefert darüber hinaus, von kleinen Namensverwechslungen (Fußnote 110), des Nichtabdrucks der Abbildung 1 (S. 54) und einer fehlerhaften Tabellenummerierung im Anhang abgesehen, aufschlussreiche Beispiele interessenbezogenen Agierens von PolitikakteurInnen aus der jüngeren Vergangenheit Österreichs und Deutschlands. Wer politische Entgrenzungs- und Transformationsprozesse in einem neuen Licht sehen will und nationalstaatliche Politik nicht als erledigt erachtet, sollte es lesen.

Roman Pfefferle (Wien)

E-Mail: roman.pfefferle@univie.ac.at

Ulf Engel/Matthias Middell (Hg.)

WORLD ORDERS REVISITED (= Transnationalisierung und Regionalisierung vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart 3), Leipzig 2010, Leipziger Universitätsverlag, 279 S., 32,00 EUR.

Das Schlagwort Weltordnung gehört zurzeit zu den sicherlich am häufigsten verwendeten Begriffen in geistes- und sozialwissenschaftlichen Studien, die über den nationalstaatlichen Rahmen hinausblicken. Der von Ulf Engel und Matthias Middell herausgegebene Sammelband *World Orders revisited* wirft äußerst vielfältige Blicke auf Weltordnungen. Er enthält zwölf Beiträge von NachwuchswissenschaftlerInnen, die auf der sechsten Sommerakademie des Graduate Centre Humanities and Social Sciences der Research Academy Leipzig diskutiert wurden. In einer ersten Gruppe von Beiträgen wird betrachtet, wie Weltordnungen konstruiert werden. Im zweiten Teil des Sammelbandes untersuchen die AutorInnen die Praxis von Weltordnungen.

Die Beiträge zur Konstruktion von Weltordnungen behandeln Postkolonialismus, Immanuel Wallersteins *Weltssystemanalyse*, Samuel Huntingtons *Kampf der Kulturen*, die Idee eines Europa der Regionen und imperialismustheoretische Blicke auf die transatlantischen Beziehungen. Ihr Anliegen ist, diese Zugänge zu Weltordnungen in ihrer Entstehung, Veränderung und hinsichtlich ihres Erklärungsgehalts zu beleuchten. Im Abschnitt zur Praxis von

Weltordnungen werden die Verbreitung von Wissen in Lateinamerika, Sicherheitsstrategien in Rio de Janeiro, der Mercosur als neue Form des Regionalismus, die Konstruktion von Australien als weiße Nation, transnationale demokratische Räume von simbabwischen Oppositionellen im Internet und die Konstruktion eines einenden kulturellen Erbes in der Ukraine analysiert.

*World Orders revisited* enthält theorie- und empiriebasierte Untersuchungen und die wesentliche Stärke des Sammelbandes liegt darin, dass Themen jenseits des wissenschaftlichen Mainstreams behandelt bzw. Mainstream-Themen aus wenig bekannten Perspektiven betrachtet werden. So untersucht Mandy Kretschmar die Konstruktion Australiens zwischen 1900 und 1930 als weiße Nation. Sie zeigt, wie kulturelle, politische und wissenschaftliche Kräfte zusammenwirkten, um Australien von Asien abzugrenzen. Ihre Analyse der so konstruierten Verortung Australiens in der Weltordnung skizziert die Grundlagen konstruktivistischen Forschens an einem abwechslungsreichen und dadurch lesenswerten Beispiel.

Nadine Jänicke zeigt, wie Huntington in seinem *Kampf der Kulturen* den Faktor Kultur zur erklärenden Kraft internationaler Politik erhebt und so eine Weltordnung konstruiert, deren scheinbar alternativlose Logik intrakulturelle Partnerschaft und interkulturelle Konfrontation ist.

Vera Centento betrachtet mit empirischem Fokus das Hin und Her in der Bildungszusammenarbeit zwischen Brasilien und den USA. Den Bezug zu Weltordnungen stellt sie über transnationale Räume her, die durch die amerikanisch-brasilianische Zusammenarbeit geschaffen werden. Cententos interessante These lautet, dass sich die Zugehörigkeit zu transnationalen Räumen eher durch Prozesse auf der nationalen als auf der internationalen Ebene erklären lasse.

Was den Herausgebern leider nicht gelingt, ist, einen Rahmen zu schaffen, der die einzelnen Beiträge miteinander verbindet. Die Einleitung ist in Bezug auf den wissenschaftlichen Diskurs zu Weltordnungen wenig strukturierend. Verschiedenste Ansätze werden aneinandergereiht, ohne deren Zusammenhang und individuelle Bedeutung zu nennen. Ein Schlusskapitel hat der Sammelband nicht und auch die Gliederung in die Abschnitte Konstruktion und Praxis von Weltordnungen erschließt sich nicht sofort, weil das Inhaltsverzeichnis keine Zusammenfassung der Kapitel in Bandabschnitte liefert, sondern nur die nicht nummerierte Auflistung der Titel beinhaltet.

Zugleich haben es auch die meisten AutorInnen nicht bewerkstelligt, ihre Arbeiten in einen übergeordneten Zusammenhang zu stellen und so deren über den konkret dargestellten Sachverhalt hinausgehende Relevanz explizit zu machen. Clemens Kaps zeigt mit seinem Beitrag beispielsweise, dass Wallersteins Betrachtung Galiziens als Peripherie der europäischen Weltökonomie nichts Neues war, sondern schon seit dem 19. Jahrhundert von polnischen Wissenschaftlern vertreten wurde. Doch ab-

gesehen von der kenntnisreichen Aufarbeitung des wissenschaftlichen Diskurses in Polen bleibt der Nutzen von Kaps Beitrag unklar. Generalisierende Aussagen in Bezug auf die Konstruktion von Weltordnungen werden nicht getroffen. Zur Weltsystemanalyse trägt Kaps nichts konzeptionell Neues bei.

Darüber hinaus trüben zahlreiche orthografische Fehler und kleinere inhaltliche Mankos das Gesamtbild des Sammelbandes. So verwendet Kaps zum Beispiel den von Wallerstein abgelehnten Begriff Weltsystemtheorie (statt -analyse). Auch der von den Herausgebern erhobene Anspruch, „post-disziplinär“ zu forschen, ist zu hoch gegriffen – der Sammelband bietet nicht einmal eine Alternative zum konstruktivistischen Zugang zum Thema Weltordnungen.

Zugute gehalten werden muss *World Orders revisited*, dass die AutorInnen Aspekte und Themen jenseits des üblichen wissenschaftlichen Fokus beleuchten. Einige Texte, wie Kretzschmars Dekonstruktion der weißen Nation Australiens und Alexander Freiars Darstellung der Rolle internationaler Konzerne bei Sicherheitsstrategien in Rio de Janeiro bieten eine interessante und abwechslungsreiche Lektüre. Da die einzelnen Beiträge ohne zusammenfassenden Rahmen quasi auf „Nebenschauplätze“ beschränkt bleiben, wird jedoch keiner von ihnen dem Anspruch gerecht, den aktuellen wissenschaftlichen Mainstream strukturell herauszufordern.

Alexandr Burilkov (Hamburg)  
E-Mail: burilkov@giga-hamburg.de  
Sören Scholvin (Hamburg)  
E-Mail: scholvin@giga-hamburg.de

Stephan Grigat/Simone Dinah Hartmann (Hg.)

IRAN IM WELTSYSTEM. Bündnisse des Regimes und Perspektiven der Freiheitsbewegung, Innsbruck et al. 2010, Studienverlag, 178 S., 19,90 EUR.

Im 2008 von Stephan Grigat und Simone Dinah Hartmann herausgegebenen Sammelband *Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer* (Studienverlag) standen die innere Verfasstheit der Islamischen Republik Iran sowie vor allem die Verbindungen Deutschlands und Österreichs mit Teheran im Mittelpunkt. Die nun vorliegende Publikation erweitert nicht nur den geografischen Radius um die Einbettung des Irans in das internationale Gefüge, sondern hebt sich vom Vorgängerband erfreulicherweise auch durch die auch für NichtpolitologInnen klare Lesbarkeit und den Verzicht auf sprachliche Anleihen bei Adorno ab.

Die Entstehung des Irans im Weltsystem fällt zeitlich mit den Massenprotesten der iranischen Freiheitsbewegung infolge der iranischen Präsidentschaftswahlen vom Juni 2009 zusammen (dazu detailliert Fathiyeh Nag-

hibzadeh und Andreas Benl). Die HerausgeberInnen sehen ihren Sammelband in der Tradition jener Demonstrierenden, die sich mit reformislamistischen Alternativen nicht zufriedengeben, sondern deutlich den endgültigen Zusammenbruch der gegenwärtig herrschenden Diktatur und eine freie demokratische und säkulare Staats- und Gesellschaftsordnung fordern. Vor diesem Hintergrund verblüfft Florian Markls Postulat für westliche Hilfe an die keineswegs demokratisch-säkularen saudiarabischen Widersacher des Irans: „Umso wichtiger wäre es daher für den Westen, das saudisch-ägyptische Lager in seiner Standhaftigkeit zu unterstützen und ihm nicht das Gefühl zu vermitteln, selbst vor den Ambitionen der iranischen Achse zurückzuweichen.“ (S. 104)

Das Hauptgewicht der Aufsätze liegt auf der geopolitischen und wirtschaftlichen Rolle des Irans besonders im Verhältnis zu wiederkehrenden und aufstrebenden Weltmächten wie Russland, China, Indien und Brasilien, Schwellenländern wie Venezuela oder Entwicklungsländern vom Zuschnitt Boliviens und Sudans. Die Gründe für derartige Kooperationen sind vielfältig. Während Russland beispielsweise von Atomgeschäften profitieren und die eigene muslimische Bevölkerung wie angrenzende muslimische Staaten aus der Einflussosphäre des Iran heraushalten will (Ilan Berman), stehen für China wirtschaftliche Interessen bei gleichzeitiger Besänftigung der USA im Vordergrund (Grigat). Irans Lateinamerika-Engagement ist vor allem vom gemeinsamen Hass auf die Vereinigten Staaten geprägt (Ely Karmon). Laut Grigat mutet das Auftreten Ahmadinejads in Afrika und einigen asiatischen Ländern „wie eine kabarettreife Neuauflage eines völlig abgehalfterten tiers-mondisme an“ (S. 72), wobei die Sicherung von Mehrheiten zur Verhinderung von UN-Resolutionen eine treibende Kraft darstellt. Die Rolle der USA gegenüber dem Iran ist von jeher widersprüchlich, wie Hassan Daioleslam an den Beispielen von Fehleinschätzungen einschlägiger Iran-ExpertInnen und dialogorientierter Kräfte in der US-Außenpolitik festhält. Nicht zu vernachlässigen ist jedoch die Innensicht auf die iranische Ökonomie, die durch mafiose parastaatliche Strukturen der Revolutionsgarden geprägt ist (Jonathan Weckerle).

Allen Sanktionsankündigungen zum Trotz ging der Handel deutscher, österreichischer und Schweizer Unternehmen mit dem Iran nicht maßgeblich zurück (Ulrike Becker und Michael Spaney; Grigat). Letztere Länder erleben zwar regelmäßig antimuslimische Wahlkampagnen oder stimmen für Minarettverbote, betonen jedoch gegenüber dem Iran ihre Neutralität. Abseits des geopolitisch-wirtschaftlichen Schwerpunktes bespricht Tobias Ebbrecht die Popularität des iranischen Films in Europa und Heribert Schiedel unterstreicht die Verbindungen zwischen deutschen Rechtsextremen, HolocaustleugnerInnen und dem Iran. Ebbrecht zeigt die Parallelstruktur von offen antisemitischen TV-Produktionen für den iranischen Markt und scheinbar entpolitisiertem Kino für den Export auf europäische Festivals auf, wobei beide Schienen ohne

staatliche Lenkung inexistent wären. Schiedel weist in seinem Beitrag ideologische Schnittmengen wie „(Volks-) Gemeinschaftsdünkel, das Führerprinzip und eine spezifische Mobilisierung der Massen, Terror und Gewalt(faszination), [...], apokalyptische (Reinheits-)Wahn und die Todessehnsucht“ (S. 170) zwischen Nationalsozialismus und Khomeinismus nach.

Um tatsächlich Überblickswerk zum Iran im Weltsystem zu sein, hätten jedoch weitere Themen berücksichtigt werden müssen. So diskutiert Emanuele Ottolenghi zwar die iranische Doppelstrategie in der Internationalen Atomenergiebehörde, sowie auch chinesische und russische Vetooptionen im UN-Sicherheitsrat in den entsprechenden Länderkapiteln erläutert werden, jedoch fehlt eine Gesamtdarstellung der Position des Irans in den Vereinten Nationen. Gleichsam klafft eine Lücke, was die Rolle der Europäischen Union im Verhältnis mit dem Iran anbelangt. Hartmanns Beitrag *Wandel oder Handel? Europa und der Iran* ist in erster Linie mitgliedsstaatlich ausgerichtet und reißt Brüsseler Außen- und Handelspolitik nur punktuell an. Schließlich hätte die Einbindung des Irans in Welthandelsregime sowie in die OPEC stärker Erwähnung finden können.

Dessen ungeachtet bildet die Veröffentlichung von Grigat, Hartmann und MitautorInnen einen wichtigen faktenorientierten Baustein zur Beurteilung der globalen Verflechtungen der iranischen Diktatur. Darüber hinaus regt der Band auch zum Nachdenken über oft völlig affirmative Bezugnahmen auf die sogenannte internationale Gemeinschaft oder das Weltsystem an, im Zuge derer ideologische Momente – wie Islamismus, Antisemitismus und Antiamerikanismus im Falle des Iran – zugunsten einer realistischen Analyse internationaler Politik in den Hintergrund gedrängt werden.

Elisabeth Kübler (London)  
E-Mail: [elisabeth.kuebler@univie.ac.at](mailto:elisabeth.kuebler@univie.ac.at)

Stefanie Mayer/Mikael Spång (Hg.)  
DEBATING MIGRATION. Political Discourses on Labour Immigration in Historical Perspective, Innsbruck et al. 2009, Studienverlag, 160 S., 24,90 EUR.

Mit dieser vergleichenden Arbeit zu den Diskursen über Arbeitsmigration in Europa erschien 2009 der erste Band einer Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann Instituts für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit, das sich u.a. mit öffentlichen Debatten zum Migrations- und Integrationssthema beschäftigt.

Der Verdienst dieser österreichisch-schwedischen Ko-Produktion ist es, eine historische und vergleichende Perspektive auf die Debatten über Migration und Integration in Europa zu ermöglichen. Im Mittelpunkt stehen dabei Österreich und Schweden, deren Migrationsgeschichte und

deren Debatten zum Thema seit den 1960er-Jahren in umfangreichen Abschnitten der beiden HerausgeberInnen behandelt werden. Begründet wird dieser Vergleich mit einer ähnlichen strukturellen Ausgangslage, die jedoch nicht notwendigerweise zu den gleichen Debatten und Konsequenzen führte. Den Analysen von Mayer und Spång liegen dabei v.a. parlamentarische Protokolle und Gesetzestexte zugrunde, die dann und wann durch eine stärker gesamtgesellschaftliche Einbettung gewonnen hätten.

Zwischen den 1960er-Jahren und Mitte der 1970er-Jahre stechen jene Regelungen heraus, mit denen die Staaten Migration und Arbeitsmarkt regelten und miteinander koppelten. Sowohl die Studie von Mayer zu Österreich, als auch jene von Spång zu Schweden fokussieren auf diese formative Phase der Migrationsregulierung und den damit verbundenen parlamentarischen und öffentlichen Debatten zur „Arbeitsmigration“. In Österreich wurden in dieser Formierungsphase des Migrationsregimes fast alle Regelungen von den Sozialpartnern verhandelt. Verglichen wird diese Phase der Errichtung der neokorporatistischen Migrationsregime schließlich mit jener der EU-Osterweiterung um 2004, die Übergangsregelungen für die Öffnung der Arbeitsmärkte mit sich brachte, bei denen die Sozialpartner bereits eine bedeutend geringere Rolle spielten. Während Österreich dabei sehr lange an der Fiktion festhielt, die „Gastarbeiter“ würden wieder zurückkehren, setzten in Schweden bereits in den 1960er-Jahren Versuche einer aktiven Integrationspolitik ein. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wurden in Schweden stärker mit Fragen der sozialen Integration, Ungleichheit und Wohlstandsverteilung in Verbindung gesetzt. „The government contended that labor migration ought to be discussed in the context of two social arguments. The first argument was that it should be related to the possibilities of providing access to the labor market for other groups of society, especially married women but also disabled people and others. The second argument was that labor migration had to be viewed in the light of efforts to secure that immigrants enjoyed the same living standard as the rest of the population.“ (S. 78f.)

Beide Hauptstränge des Buches liefern jedenfalls einen guten Überblick über die institutionelle Entwicklung und politische Debatten zum Migrationsthema in Schweden und Österreich. Ergänzende kürzere Beiträge von Selma Muhić Dizdarević über die Debatten in Tschechien, Dunja Larise über Jugoslawien, Ayhan Kaya über die Türkei und Saara Pellander über Finnland stellen schließlich wichtige Kontextualisierungen der Debatten in Schweden und Österreich dar. Damit sind nicht nur Zielländer von Migration, sondern auch wichtige Herkunftsländer von MigrantInnen während der untersuchten Zeiträume Thema dieser vergleichenden Untersuchung.

In einem abschließenden Beitrag beider HerausgeberInnen werden schließlich die wechselnden Rahmenbedingungen europäischer Migration vom Neokorporatismus der 1970er-Jahre bis zur stärker neoliberalen Wirtschafts-

politik der 1990er-Jahre analysiert. Dabei spielt sich auch die Arbeitsmigration in einem Spannungsfeld aus Liberalisierung und Regulation ab. Sowohl in Schweden als auch in Österreich spielte die Verfügbarkeit von Arbeitskräften eine zentrale Rolle in der Debatte um die Arbeitsmigration. „In Austria, scarcity of labor and the emigration of Austrian workers came to be seen as mayor economic problems, which fueled the employers' organizations' claim for a liberalization of labor markets." (S. 139) Dies führte in Österreich zu den von Gewerkschaften und Sozialdemokraten bevorzugten Rotationsmodellen, die die Konkurrenz ausländischer Arbeitskräfte gering halten sollte. „Also in Sweden the availability of labor power played a central role. There was a need for labor power, but in the context of the free movement principle, the question as to how it should be supplied became a topic of contention: Could it be done by recruiting foreign workers, or making

use of the domestic labor reserve mainly consisting of married women?" (S. 140)

Seit den 1980er-Jahren macht schließlich in Österreich vor allem die FPÖ gegen Arbeitsmigration mobil, ein Phänomen, das in dieser Form und mit diesem Erfolg in Schweden nicht existiert. Trotzdem fanden in beiden Staaten Debatten um ähnliche Themen und Regulationsversuche der Migration statt, die hier in einem bemerkenswerten Vergleich zueinander in Beziehung gesetzt werden. Die Überwindung des nationalen Tellerrandes bei der Analyse der Migrationsdebatten kann hier gar nicht hoch genug geschätzt werden. Europäische Zugänge dieser Art stellen jedenfalls eine wichtige Bereicherung für die politikwissenschaftliche Migrationsforschung dar.

*Thomas Schmidinger (Wien)*

*E-Mail: thomas.schmidinger@univie.ac.at*



Ucakar Karl, Gschiegl Stefan

## Das politische System Österreichs und die EU

2., akt. Auflage  
 facultas.wuv 2010  
 256 Seiten, broschiert  
 ISBN 978-3-7089-0560-0  
 EUR 16,90 [A] / EUR 16,40 [D] / sFr 30,60

Der Band erläutert das politische System Österreichs in historischer, verfassungsrechtlicher und theoretischer Hinsicht und zeigt seine Verbindungen mit dem europäischen Mehrebenensystem auf. Gegenstand der Darstellung sind die Entwicklung der Demokratie, die Bundesverfassung, die Volkssouveränität als Legitimationsgrundlage des politischen Systems, die Institutionen und Verfahren von Gesetzgebung und Exekutive sowie die rechtliche Kontrolle der Politik durch Verfassungsgerichtshof, Volksanwaltschaft und Rechnungshof. Weiters behandeln die Autoren die Geschichte und Entscheidungsprozesse der EU und skizzieren ausgewählte Staats- und Gesellschaftstheorien von Aristoteles bis Habermas.